

| Gremium | Termin | Status |
|-----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Stadtrat Umweltausschuss | 19.03.2018 17.10.2018 | öffentlich öffentlich |

Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat und der FWG-Stadtratsfraktion; Pestizidfreie Kommune

Vorlage Nr.: 20185462

• DIE GRÜNEN IM RAT • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

An
Frau Oberbürgermeisterin
Jutta Steinruck
Jaegerstr. 1

67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 27.02.2018

Sitzung des Stadtrats am 19.03.2018:
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen die Grünen im Rat und FWG
„Pestizidfreie Kommune“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagungsordnung des Stadtrats am 19.3.2018 zu setzen:

„Pestizidfreie Kommune“

- Auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) sollen keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) mehr eingesetzt werden.
- Private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, werden ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
- Bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung wird ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag verankert.



Stadtratsfraktion Ludwigshafen
Hans-Uwe Daumann
Monika Kleinschnitger
Ibrahim Yetkin
Heike Heß
Dr. Bernhard Braun
Heinz Zell
Fraktionsbüro
Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621-52 30 23
Telefax 03222-246 420 8
fraktion@gruene-lu.de
www.gruene-fraktion-lu.de



Freie Wählergruppe
Ludwigshafen e.V.
Stadtratsfraktion



- Private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung werden zur pestizidfreien Bewirtschaftung aufgefordert.
- Bürgerinnen und Bürger werden über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informiert; gleichzeitig werden ihnen Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufgezeigt.

Begründung:

In Städten und Gemeinden werden Pestizide eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätze, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen. Viele der Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist das eine Gefahr. Auch Haustiere wie Hunde und Katzen sind den Stoffen schutzlos ausgeliefert.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im städtischen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur die unerwünschten Wildkräuter und Insekten werden beseitigt, sondern auch Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung. Laut Welternährungsorganisation sind weltweit rund zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf Bestäuber angewiesen. In Städten und Gemeinden sichern Honigbienen, Wildbienen und Schmetterlinge den Kleingärtnern eine gute Obsternte.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Siedlungsgebiete sind oft letzte Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarlandschaft keinen Lebensraum mehr finden. Kommunen können hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen. Auch für die menschliche Gesundheit und die Lebensqualität ist der Pestizidverzicht ein Gewinn. Bundesweit über 50 Städte sind bereits ganz oder teilweise pestizidfrei, einige von ihnen sogar schon seit über 20 Jahren. Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig. So werden Flächen mit mehrjährigen Stauden bepflanzt, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot und damit Nahrung und Lebensraum schaffen. Frühzeitiges Reinigen von Verkehrsflächen und planerische Weitsicht bei der Bebauung sind wichtige Elemente, um einen zu starken Bewuchs zu verhindern. Alternativen zur Chemiekeule sind vielfältige mechanische und thermische Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Uwe Daumann
Fraktionsvorsitzender
Die Grünen im Rat

Dr. Rainer Metz
Fraktionsvorsitzender
FWG